

# «Ein energetischer Rohrkrepierer!»



Und schon wieder müssen wir unsere Energie dafür aufwenden, eine Abstimmungsvorlage zu bekämpfen, die ein eigentlicher Rohrkrepierer wäre. Es geht darum, die bewährte Mehrwertsteuer durch eine Energieabgabe auf nicht erneuerbare Energien zu ersetzen. Bei genauer Betrachtung ist das aber eine Mogelpackung.

Die Energiewende treibt viele Blüten. So hat die Grünliberale Partei eine Lenkungsabgabe nach besonders radikaler Manier ausgeheckt: Die Mehrwertsteuer soll durch eine Abgabe auf nicht erneuerbare Energien ersetzt werden. Im Klartext: Benzin, Diesel, Heizöl oder Strom aus AKWs sollen massiv verteuert werden, um die Energiewende herbeizuführen. Die Mehrwertsteuer (MWST) lieferte im Jahr 2013 stolze 22,6 Milliarden Franken in die Bundeskasse, das sind 46 % der Einnahmen der Steuerverwaltung. **Laut den Initianten müssen die Treibstoffe um 1 Franken 20 Rappen oder der Strom um 45 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) erhöht werden, um die Ausfälle der MWST zu kompensieren.**

Wenn wir uns vor Augen führen, dass der Strom auf dem Spotmarkt zurzeit etwa 6 Rappen pro kWh kostet, wird die eklatante Verteuerung um 45 Rappen ins richtige Licht gerückt! Nach dem Willen der Initianten soll dieser Zuschlag dazu führen, dass die Energiewende, also die Abkehr von den Atomkraftwerken, auch tatsächlich realisiert werden kann. Und hier liegt die Krux in der Vorlage: Würde die Lenkungsabgabe ihre hehren Ziele erreichen, gingen die Einnahmen drastisch zurück. Der Zuschlag auf den Treibstoffen würde also mit Sicherheit nicht bei 1 Franken 20 Rappen verharren. Werden die Ziele der Verlagerung erreicht, werden weniger Treibstoffe verbraucht, wodurch die Abgabe deutlich erhöht werden muss, damit die entgangenen Gelder der MWST aufgefangen werden könnten. **Es wird unmöglich, die Einnahmen der MWST zu kompensieren, ausser wenn die Abgabe laufend für die noch verbleibenden Energien und Treibstoffe erhöht wird.**

Die Geprellten sind wieder einmal die Bewohner der Rand- und Bergregionen, die nicht auf die Fahrzeuge und damit Treibstoffe verzichten können. Aber auch die Exportindustrie gehört zu den Verlierern. Denn heute sind Lieferungen im Export MWST-frei und werden im Empfangsland abgerechnet. Die höheren Energiekosten würden jedoch in der Schweiz erhoben und könnten nicht in Abzug gebracht werden. Dadurch verschlechtert sich die Konkurrenzfähigkeit unserer Exportindustrie. **Nach der Masseneinwanderungsinitiative und dem Wegfall des Euro-Mindestkurses würde die Energieabgabe eine weitere Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit für die Exportindustrie bedeuten. Das darf nicht passieren!**

Packen wir es gemeinsam an!  
Ihr Urs Schädler



# Fünf Franken pro Liter Benzin?

**Die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» stammt von der Grünliberalen Partei (GLP) und will das Schweizer Steuersystem komplett umkrempeln. Die Mehrwertsteuer soll abgeschafft und durch eine sehr hohe Steuer auf nicht erneuerbare Energien ersetzt werden. Der Kantonalvorstand des BGV sagt einstimmig Nein zu diesem unsinnigen Experiment.**

Mi. Heute ist die Mehrwertsteuer mit über 22 Milliarden Franken die wichtigste Einnahmequelle des Bundes – sie liefert über einen Drittel der Gesamteinnahmen (siehe auch Seite 7). Das sorgt für solide Bundesfinanzen und garantiert, dass unsere Züge fahren und das Bildungssystem oder die Armee funktionieren. Die Mehrwertsteuer wird auch immer wichtiger für die Finanzierung unserer Sozialwerke. 2013 flossen 2,8 Milliarden Franken an die AHV und über eine Milliarde Franken an die IV. Die funktionierende Mehrwertsteuer und damit die soliden Staatsfinanzen sollen durch ein Experiment mit ungewissem Ausgang ersetzt werden. Das ist für die finanzielle und wirtschaftliche Stabilität der Schweiz nicht nur sehr gefährlich, sondern im Lichte der gegenwärtigen währungsbedingten Situation geradezu unverantwortlich.

## Happige Folgen

Die Initianten wollen alle nicht erneuerbaren Energieträger mit hohen Sätzen besteuern. Davon betroffen sind Benzin, Diesel, Heizöl, Erdgas und Strom aus nicht erneuerbaren Quellen. Für Autofahrer heisst das zum Beispiel, dass schon bald einmal mit Benzin- und Dieselpreisen von rund fünf Franken pro Liter gerechnet werden muss. Tendenz steigend: Denn sobald der Verbrauch sinkt, muss die Steuer angehoben werden. Die extreme Formulierung der Initiative heisst u.a. auch den Einkaufstourismus an. Bei einem Benzinpreis von fünf Franken pro Liter würde wohl niemand mehr in der Schweiz tanken. Aus dem ganzen Kanton Graubünden würde sich plötzlich die Fahrt ins Ausland lohnen. Der



Einkaufstourismus im Ausland würde damit noch mehr angeheizt. Denn wer schon zum Tanken über die Grenze fährt, erledigt bei dieser Gelegenheit auch gleich seinen Wocheneinkauf. Den Schaden haben unsere KMU.

**«Sobald der Verbrauch sinkt, muss die Steuer angehoben werden.»**

## Massive Belastungen

Eine Zustimmung zur Initiative würde die Mobilität zu einem unerschwinglichen Luxusgut werden lassen. Werden die Preise für Heizöl und Erdgas massiv angehoben, dann geht das auch zulasten von Mietern und Hauseigentümern. Eine solche Steuer ist unsozial. Sie belastet tiefe Einkommen stärker als höhere. Ein Beispiel hilft dies zu

veranschaulichen: Die heutige Mehrwertsteuer ist eine Konsumsteuer. Wenn jemand eine Uhr für 100 000 Franken kauft, dann bezahlt er 8000 Franken Mehrwertsteuer. Bei einer 100-fränkigen Uhr muss der Käufer acht Franken Steuern bezahlen. Geht es nach den Initianten, bezahlen künftig beide Käufer in etwa gleich hohe Abgaben, weil nicht mehr der Preis der Uhr entscheidend ist, sondern die Energie, die bei der Produktion benötigt wurde.

## Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt

Eine neue Energiesteuer würde die Schweizer Wirtschaft massiv belasten. Denn wer in der Schweiz etwas herstellt, ist auf kostengünstige Energie angewiesen. Ansonsten werden Schweizer Produkte im Vergleich zum Ausland noch teurer. Wird eine solche Energiesteuer eingeführt, dann geht dies zulasten der Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet damit Wohlstand und Arbeitsplätze.

## Grossrat Ruedi Burkhardt, Thuisis, Mitglied des Kantonalvorstandes:

**«No-Go!»** «Die Initiative gefährdet die solide Finanzierung von wichtigen Staatsaufgaben, verteuert die Energie massiv, ist unsozial, fördert den Einkaufstourismus und belastet alle Firmen, die noch in der Schweiz produzieren. Vor dem Hintergrund des starken Schweizer Frankens ist diese Initiative ein absolutes No-Go. Ein Nein am 8. März 2015 verhindert dieses teure und unsinnige Experiment.»

